

## Übersetzung der Erklärung von Kathmandu

Jährliches Treffen

Katmandu, 20. bis 22. Juli 2015

Erklärung der Mitglieder und Freunde des *Global Network for the Right to Food and Nutrition*

Wir, die Mitglieder und Freunde des *Global Network for the Right to Food and Nutrition*, bestehend aus sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sind in Katmandu für das dritte weltweite Treffen zusammengekommen.

Noch während wir Möglichkeiten für das vollständige Erreichen des Menschenrechts auf angemessene Nahrung und Ernährung diskutieren, steigt die Bedrohung für die Ernährungssouveränität und Kontrolle der Menschen über Ressourcen mit jedem verstreichenden Tag.

Wir treffen uns zu einem Zeitpunkt, an dem der Kampf gegen Unternehmensübergriffe auf das Ernährungssystem intensiviert wird. Diese Übergriffe unterminieren durch globale Handelsabkommen die Rechte der Menschen und die Möglichkeiten der Regierungen, Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu verwirklichen.

Wir leben in einer Zeit, in welcher traditionelles und lokales indigenes Wissen, indigene Praktiken und Nahrung durch qualitativ schlechte und industriell verarbeitete Lebensmittel ersetzt werden, die Hunger und Unterernährung in allen Formen fortbestehen lassen.

Land, Wasser, Wälder, natürliche Ressourcen, der Lebensunterhalt, die Identität und die physische Existenz vieler Kommunen und Indigener sind bedroht. In vielen Fällen haben Menschen den Kampf zur Sicherung ihres Rechts auf angemessene Nahrung und Ernährung mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Es ist eine Zeit, in der Frauen noch immer in jedem Bereich ihres Lebens gegen Patriarchate ankämpfen müssen, was die unangemessene Menge unbezahlter Pflichten im Haushalt zur Folge hat und was sich auf ihren Zugang zu Bildung, zum Gesundheitswesen, zu gerechten Löhnen, natürlichen Ressourcen und sogar auf die Selbstbestimmung über ihre Körper und Reproduktionsfähigkeit auswirkt.

Es ist eine Zeit, in der Konflikte, Instabilität, Land-, Ozean-, Fischereizonen-, Weideland-, Wald- und anderer Ressourcenraub, Klimawandel, Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Ungewissheit zu einer noch nie dagewesenen Anzahl von Personen führen, die vertrieben wurden und auswandern, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und in Sicherheit zu leben.

Aber es gibt Hoffnung, so führte Nepal, welches sich von einem vernichtenden Erdbeben erholt, am 20. Juli 2015 erste öffentliche Konsultationen an hunderten verschiedenen Stellen im ganzen Land durch, um den Verfassungsentwurf, welcher die Ernährungssouveränität wahrt, zu diskutieren und beraten.

Wir, die Teilnehmer des Treffens, bestätigen unsere Verpflichtungen bezüglich:

1. Der Unterstützung und dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern gegen Unterdrückung, Gewalt und Kriminalisierung, welchen diese oft ausgesetzt sind;
2. Der Mobilisierung von Netzwerkmitgliedern und Freunden, um die menschenrechtliche Rechenschaftspflicht und die Anwendung menschenrechtsbasierter Ansätze auf lokaler und globaler Ebene zu stärken;
3. Der Beendigung der Straffreiheit von Personen, die das Recht auf angemessene Nahrung und Ernährung oder damit verbundene Rechte verletzen und ausnutzen;
4. Der proaktiven Förderung vollständiger und bedeutsamer Partizipation der am stärksten betroffenen Kommunen bei Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen, vom Lokalen bis zum Globalen;
5. Der Förderung der Interdependenz und Unteilbarkeit aller Menschenrechte;
6. Das Ende aller Formen der Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen zu fordern und die entscheidende Rolle der Frauen in Ernährungssystemen anzuerkennen;
7. Der Entwicklung von Analysen und Advocacy- Strategien, um die Anliegen des Netzwerks und die Problematik der Menschenrechtsverletzungen bekanntzumachen;
8. Der Erlassung eines verbindlichen internationalen Menschenrechtsinstruments, um transnationale Konzerne zu regulieren;
9. Der Förderung und dem Schutz des Menschenrechts auf angemessene Nahrung und Ernährung im Kontext der Unteilbarkeit der Menschenrechte von allen Menschen, insbesondere von Randbevölkerungsgruppen wie Kleinbauern, Fischer, Viehhirten, Indigene, Landwirtschafts- und Plantagenarbeiter, Migranten und Wanderarbeiter, Binnenflüchtlinge, Flüchtlinge und Asylbewerber, Personen mit Behinderungen, mit HIV/AIDS infizierte Personen, Unberührbare, städtische Arme, von Katastrophen betroffene Personen (sowohl natürliche, als auch von Menschen verursachte), Personen, die in besetzten Gebieten leben, religiöse und ethnische Minderheiten, LGBTQI und andere diskriminierte Gemeinschaften und insbesondere Frauen, ältere Menschen, junge Menschen und Kinder in diesen Gruppen;
10. Dem Kampf für die vollständige Verwirklichung aller Rechte für alle Frauen, inklusive dem Recht auf Bildung, Gesundheit, Land, Lebensunterhalt und gleiche Bezahlung, allen sexuellen und Fortpflanzungsrechten, sowie den Rechten auf Mutterschutz und Stillen;
11. Der Förderung der vollständigen Verwirklichung aller Kinderrechte, insbesondere in den ersten 1000 Tagen des Lebens, durch das Bekämpfen der grundlegenden Ursachen (unter

- Berücksichtigung des Lebenszyklus-Ansatzes). Dazu gehört auch der Schutz, die Förderung und Unterstützung stillender Mütter und ihrer Kinder
12. Dem Kampf gegen Unternehmensübergriffe in allen Formen und Sektoren, seien es Ressourcen, Institutionen, politische Handlungsspielräume oder Regierungsstrukturen;
  13. Dem Widersetzen und Umkehren von Gefahren, die der Ernährung und Ernährungssouveränität durch die Kommerzialisierung von Mangelernährung durch öffentlich-private Partnerschaften und Multi-Stakeholder-Initiativen entstehen;
  14. Dem Verantwortlichmachen von Staaten bezüglich ihrer extraterritorialen Verpflichtungen, um Unternehmen und Finanzinstitute zu regulieren;
  15. Dem Aufruf an Akademiker, Forscher und Forschungsinstituten, unabhängige Beweise zu generieren, wobei traditionelle Wissenssysteme einbezogen werden und auf diese aufgebaut werden soll.
  16. Dem Bemühen, Regierungen bei politischer Kohärenz mit der Förderung und dem Schutz des Menschenrechts auf angemessene Nahrung und Ernährung zu unterstützen;
  17. Der Verteidigung der Vorrangstellung der Menschenrechte gegen die aktuellen globalen Modelle von Entwicklung, Handel, Investitionen und Steuern;
  18. Dem Aufruf an alle Regierungen, alle relevanten internationalen Menschenrechtsdokumente, inklusive des Fakultativprotokolls des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Wir, die Freunde und Mitglieder des GNRtFN, beschließen uns in Richtung verstärkter Zusammenarbeit im Kampf verschiedener Bewegungen weltweit zu orientieren, um die anhaltenden Verletzungen der Souveränität von Personen gemeinsam zu bekämpfen.